Reichs-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Einzelpreis 40 Mark.

Donnerstag, 14. Dezember 1922

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30–33. Fernspr.: Amt Rollendorf 4763—68, 5960—68. Postscheck: Berlin Nr. 107 941. Die Reichsausgabe der „DAZ“ erscheint wöchentlich sechsmal. Bei der Post 1040.– ℳ monatlich. Ins Ausland nach besonderen Sätzen.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigen werden (ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Ausgabe) nach Tarif berechnet.

Nr. 545/546
61. Jahrgang.

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Wie sie uns aussaugen.

Die Kosten der Besatzung.

Nach Artikel 249 des Versailler Friedensdiktates trägt Deutschland die gesamten Kosten für den Unterhalt aller alliierten und assoziierten Armeen in den besetzten deutschen Gebieten vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November ab. Alle Ausgaben, soweit sie sich auf Käufe und Requisitionen durch die Alliierten in den besetzten Gebieten beziehen, werden von der deutschen Regierung in Mark bezahlt, alle anderen, und das sind die hauptsächlichsten, werden in Goldmark bezahlt. Die Räumung der besetzten Gebiete erfolgt 'nach Zonen in Zeiträumen von 5 zu 5 Jahren. Nach einer im Sommer dieses Jahres veröffentlichten Denkschrift der Reichsregierung betrugen bisher die jährlichen Durchschnittskosten der Besatzung 1,66 Milliarden Goldmark und 4,2 Milliarden Papiermark. Es würden demnach die Gesamtkosten betragen:

für die ersten 5 Jahre 8,3 Milliarden Goldmark und 21 Milliarden Papiermark;

für die zweiten 5 Jahre 6,2 Milliarden Goldmark und 15,7 Milliarden Papiermark;

für die dritten 5 Jahre 4,15 Milliarden Goldmark und 10,5 Milliarden Papiermark.

Zusammen 18,6 Milliarden Goldmark und 47,2 Milliarden Papiermark. Umgerechnet auf Goldmark unter Zugrundelegung eines zur Zeit der Veröffentlichung der Denkschrift geltenden Umrechnungskurses würden sich die Gesamtkosten für die 15 jährige Besetzungszeit auf rund

19 Milliarden Goldmark

belaufen. Bei einem Dollarstand von zirka 8000 ergibt die Umrechnung in Papiermark eine Summe von sage und schreibe

38 Billionen.

Die uns mit der Besatzung aufgebürdeten Kosten sind um so verwerflicher, als sie nur dazu dienen, die Lasten Deutschlands ins Unerträgliche zu steigern. Die Reparationszahlungen sind nicht zu erfüllen, und wenn die Besatzung noch vervielfacht würde. Darum muß Deutschland immer wieder seine Stimme gegen das maßlose Unrecht der Besatzung erheben. Die Pariser Finanzkonferenz vom Frühjahr dieses Jahres hat die Effektivstärke der Besatzung auf 124 700 Mann vorgesehen. Davon stellt die französische Armee allein 90 400 Mann. Diese Ziffer übertrifft die deutsche Friedensbesatzung nicht allein um fast das Doppelte. Die Besatzung gestaltet sich deswegen zu einer unerträglichen Belastung, als die Ausgaben für den einzelnen Mann, wie eine Berechnung des „Weltwirtschaftlichen Archivs“ feststellt, das 32 fache dessen ausmacht, was für einen Reichswehrsoldaten ausgegeben wird.

Die Lasten der Militärkontrolle.

Die Dezemberrechnung beanstandet.

Die Telegraphen-Union meldet:

Die Verwaltungsbehörde der Interalliierten Militärkontrollkommission hat der deutschen Regierung ihre Kostenrechnung für den Monat Dezember in der Höhe von über 100 Millionen Papiermark überreicht. Vereinbarungsgemäß werden die Kosten der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission eingerechnet in den allgemeinen jährlichen Besatzungskostenfonds von 220 Goldmillionen, die durch Sachleistungen von Deutschland abzudecken sind. Da nach Auffassung der deutschen Regierung die Deckung der 220 Goldmillionen dieses Jahres bereits durch Sachleistungen überschritten ist, konnte die Dezemberrechnung der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission nicht ohne weiteres anerkannt werden.

Sie konnte um so weniger anerkannt werden, da die Interalliierte Militär- und Marinekontrollkommission es nach wie vor ablehnt, eine Detaillierung ihrer Kostenrechnungen aufzustellen. Eine solche würde aber dem deutschen Volke unter anderem vor Augen führen, daß sogar die Auslagen für den von der Interalliierten Militär- und Marinekontrollkommission gehaltenen Spionageapparat und die für Waffen- und andere Denunziationen an Deutsche gezahlten „Belohnungen“ von der deutschen Regierung zu tragen sind.

Belgische „Justiz“.

Pa. Aachen, 13. 12. (Eigenbericht.) **Der belgische Polizeibeamte Schmitz, der einen deutschen Polizeibeamten getötet hat, wurde zu einem Jahre Gefängnis und 300 Fr. Geldstrafe verurteilt.**

★

Diese Art, die leichtsinnige Tötung eines Menschen zu sühnen, wirft leider nicht zum erstenmal ein merkwürdiges Licht auf die belgische Rechtsprechung im besetzten Gebiet. Die Erledigung des Falles mit einer solchen lächerlich geringen Geldstrafe bedeutet im Grunde nichts weiter als eine Vogelfreierklärung der Deutschen im besetzten Gebiet.

Die jüngste Bluttat im besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 13. 12. (Mtb.) Der Beamte der Reichsvermögensverwaltung Emil Hartmann, der, wie berichtet wurde, von einem französischen Sergeanten durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt wurde, ist im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Die Bonner Studentenschaft gegen Frankreich.

Bonn, 13. 12. (Mtb.) Die **Bonner Studentenschaft** veranstaltete gestern abend unter starker Beteiligung im Siebengebirge bei Königswinter eine Kundgebung für das deutsche Rheinland. In Ansprachen wurde betont, daß über alle Gegensätze hinweg angesichts der von Westen drohenden Gefahr die gesamte Studentenschaft der beiden Bonner Hochschulen sich einmütig zusammengefunden habe, um zu bekunden, daß das Rheinland deutsch ist und bleiben werde.

Um 4½ Uhr: Dollar 8000, Pfunde 37250.

Amtlicher Dollarkurs: 8087,50.

Die Londoner Ablehnung.

Der deutsche Vorschlag „unter den vorliegenden Umständen“ keine Lösung.

London, 12. 12. (W. T. B.)

Reuter erfährt, daß der Beschluß der Konferenz der alliierten Minister über die Ablehnung des deutschen Reparationsplanes von Bonar Law abgesandt worden ist und daß er besagt, unter den vorliegenden Umständen böten die deutschen Vorschläge keine Lösung der Reparationsschwierigkeiten.

★

Die Antwort Bonar Laws liegt nunmehr hier vor. Ihr Inhalt deckt sich mit der in der oben wiedergegebenen Reutermeldung, in der es bekanntlich heißt, unter den vorliegenden Umständen böten die deutschen Vorschläge keine Lösung der Reparationsschwierigkeiten. Wie sich die englische Regierung in der Frage nunmehr weiter verhalten und ob sie alles Weitere bis zur Pariser Konferenz im Januar verschieben wird, ist noch nicht erkennbar. Staatssekretär a. D. Bergmann weilt noch in London und wird erst Freitag zurückerwartet. Er wird nach seiner Rückkehr der Reichsregierung über seine Eindrücke Bericht erstatten, und es wird sich dann zeigen, ob die in Regierungskreisen herrschende Auffassung, daß der neueste Schritt nicht als ein absoluter Mißerfolg zu betrachten sei, irgendwelche Berechtigung hat.

Das Problem der interalliierten Schulden.

Eine Rede Bonar Laws.

London, 13. 12. (W. T. B.)

Bonar Law gab gestern im Unterhause eine wichtige Erklärung über die interalliierten Kriegsschulden ab. Bonar Law erwiderte sodann auf eine Anfrage, wie das Haus wisse, sollen die in London erfolgten Unterredungen Anfang Januar in Paris fortgesetzt werden. Unter diesen Umständen werde es für ihn nicht möglich sein, auf die Erörterungen Bezug zu nehmen, die bereits stattgefunden hätten; es gebe jedoch eine Frage, nämlich die Frage der europäischen interalliierten Schulden, die in der Presse erwähnt worden sei. Da sie ein gewisses Abgehen von der früheren Politik der Regierung angesehen werden könne, so halte er es für besser, soweit er könne, die Aufmerksamkeit auf die von ihm gebrauchten Worte zu lenken.

„Ich sagte, es würde nicht recht sein, daß die Regelung in einer solchen Weise festgesetzt würde, daß wir allein von allen alliierten Ländern tatsächlich eine Entschädigung zahlen würden. (Beifall.) Was mir billig erschien, war, den gesamten Betrag der von Deutschland nicht bezahlt werden kann, zu erlegen und zu sagen, da wir nicht alles von Deutschland erhalten, was wir erwarten, müssen wir unsere Forderung ermäßigen.

Aus diesem Grunde — und ich glaube, dieses ist eine wichtige Erklärung — fügte ich hinzu: Wenn wir eine Möglichkeit einer völligen Regelung sähen in der Aussicht auf endlichen Abschluß, so wären wir bereit, ein gewisses Risiko zu laufen, nicht so viel von den Alliierten und von Deutschland zu erhalten, als wir Amerika vielleicht werden zahlen müssen. Ich fügte hinzu, es sei sicher und jedermann würde zustimmen, daß es schwierig sein würde, ein solches Zugeständnis zu machen, wenn die gesamte Lage von neuem erörtert werden soll.“ (Beifall.)

Kenworthy fragte hierauf, ob dies bedeute, daß keinerlei Erklärung über die Regierungspolitik bezüglich der deutschen Reparationen, abgesehen von der Frage der interalliierten Schulden, erfolgen werde, und ob eine Möglichkeit bestehe, daß die Franzosen die Sanktionen zur Anwendung bringen, bevor das Parlament wieder zusammentrete.

Bonar Law antwortete, es bestehe kein Zweifel, daß viele Fragen über dieses Thema an ihn bei der Debatte am Donnerstag gerichtet werden würden; die Regierung wolle aber nicht den Erfolg weiterer Konferenzen gefährden.

„Nicht abgebrochen, nur vertagt.“

Londoner Stimmen.

A. London, 13. 12. (Eigenbericht.)

Es ist bemerkenswert, daß trotz des negativen Ausganges der Londoner Vorkonferenz die gesamte englische Regierungspresse jedes scharfe Wort gegenüber Frankreich vermeidet, im Gegenteil jetzt überall betont, daß die Verhandlungen diesmal im Gegensatz zu früheren Vorkonferenzen im freundschaftlichen Geiste verliefen und sich daran auch in Zukunft nichts ändern würde. Es wird unterstrichen, daß die Vorkonferenz nicht abgebrochen, sondern nur vertagt worden sei, und daß in der Zwischenzeit die Verhandlungen auf diplomatischem Wege fortdauern werden. Uebereinstimmend weisen die Regierungsblätter jeden Gedanken auf einen Bruch der Entente zurück. „Was in den letzten Tagen erreicht wurde“, schreibt der „Standard“, „ist ein Uebereinkommen, verschiedene Standpunkte einzunehmen, ohne dadurch die Entente zu brechen. Dieses Uebereinkommen wird die Grundlage der Pariser Verhandlungen bilden.“

Diese Bemerkung dürfte in der Tat

den Kern der neugeschaffenen Lage

treffen. Frankreich seinerseits wird voraussichtlich noch einige rein formelle Zugeständnisse machen, die dazu dienen werden, die Besetzung des Ruhrgebietes der Welt gegenüber nicht als militärische, sondern als wirtschaftliche Aktion zu charakterisieren. An der Sache selbst würde damit nicht das geringste geändert werden. „Die einzigen Leute, die von dem Ausgang der Vorkonferenz enttäuscht sein werden“, schreibt der „Standard“ weiterhin, „werden Ismet und Tschitscherin sein, denn es ist natürlich klar, daß sich Poincaré und Bonar Law sehr deutlich bewußt waren, daß das, was sie in London in der Reparationsfrage ausmachen, den Herren Curzon und Barrère in Lausanne entweder schaden oder nützen müsse.“

Poincarés Schwanken.

Keine Ruhrbesetzung, aber isoliertes Vorgehen.

S. Paris, 13. 12. (Eigenbericht.)

Poincaré erstattete gestern nach seiner Rückkehr aus London dem Präsidenten Millerand Bericht über seine Londoner Reise.

Pressevertretern gegenüber erklärte Poincaré seine Befriedigung über die Zurückziehung (?) der Balfour-Note und die Aussichten der Regelung der Schuldenfrage zwischen Frankreich und England mit Hilfe der C-Bonds. Poincaré gab die großen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich zu. Er habe, so fuhr er fort, sich seine Handlungsfreiheit ausdrücklich vorbehalten, und, wenn bis zum Januar keine Einigung erzielt werde, werde ein isoliertes Vorgehen Frankreichs durchaus nicht den Bruch der Entente bedeuten. (?) **Er sei jetzt fest entschlossen, zu handeln. Er werde auch allein handeln.**

Dementsprechend äußert der „Petit Parisien“ heute offiziös, daß dank der Festigkeit Poincarés in London

zwei wichtige Konzessionen an Frankreich

gemacht worden seien. Erstens eröffne die neue Haltung Englands in der Frage der alliierten Schulden Aussichten, an die vor acht Tagen noch kein Mensch gedacht habe. Zweitens aber widersetzten sich England und Italien heute nicht mehr wie vor sechs Monaten, wenn Frankreich als Pfänder die Bergwerke und Forsten des besetzten Rheinlandes in Besitz nehme.

Poincaré habe niemals gesagt, daß er daran denke, die Ruhr zu besetzen oder dieses oder jenes bestimmte Pfand zu nehmen, er wisse ja noch nicht einmal genau, welches Pfand man nehmen werde, und wenn er es wüßte, würde er sich wohl hüten, es auf allen Gassen zu verkünden. Jedenfalls würde kein Vorgehen, das beschlossen würde, die Einberufung auch nur eines einzigen Soldaten erfordern. Nicht weniger sicher sei es, daß die Zeit der Drohungen, ohne diese Drohungen in die Tat umzusetzen, vorüber sei. Wir sind fest entschlossen, sagte Poincaré, selbst insoliert und selbst wenn vor dem 15. Januar die Reparationskommission sich für ein neues Moratorium für Deutschland aussprechen würde, vorzugehen. Auf alle Fälle können keine Maßnahmen vor dem 15. Januar ergriffen werden. Wenn wir die Debatte auf den 2. Januar verlegt haben, so bedeutet dies keinen Zeitverlust.

In parlamentarischen Kreisen ist die Auffassung im allgemeinen die einer

völligen Ungewißheit.

Zunächst will man dort einmal die Erklärungen Bonar Laws im Unterhaus abwarten; dann fragt man sich auch, wie Deutschland sich bis zum 15. Januar verhalten werde. Man rechnet hier immerhin mit der Möglichkeit, daß Deutschland selbst neue Vorschläge machen oder selbst sogar neue Pfänder anbieten werde. Große Hoffnungen setzt man allerdings vom französischen Standpunkt **nicht** mehr auf die neue Regierung Cuno.

In weiten Kreisen der französischen Imperialisten und der Loucheur nahestehenden Industriellen zeigt man sich durchaus nicht befriedigt über die Vertagung der Londoner Konferenz, und diese Kreise rüsten jetzt zu einem neuen energischen Vorstoß übermorgen in der Kammer.

„Der Bankerott des Versailler Systems.“

Heftige französische Kritik an Poincarés Verhalten.

Paris, 13. 12. (W. T. B.)

Zum Abbruch der Londoner Konferenzverhandlungen schreibt André Tardieu im „Echo National“, daß man sich in London wieder einmal in Sonderverhandlungen gestürzt habe, ohne zu begreifen, daß derartige Debatten niemals Erfolg haben könnten, wenn ihnen nicht eine allgemeine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England vorausgehe.

„Ere Nouvelle“ sagt, es sei zur Zeit des nationalen Blocks jedem Ministerpräsidenten unmöglich, den

Bankrott des aus dem Versailler Vertrag hervorgegangenen Reparationssystems

unumwunden einzugestehen. In London hätte deutlich festgestellt werden können, daß alle Fragen, seien sie wirtschaftlicher oder diplomatischer Art, durch innerpolitische Besorgnisse beherrscht schienen, die in gleicher Weise Bonar Law, Poincaré und Theunis erfüllten.

„Action Française“ erklärt, in drei Wochen werde man wieder vor dem gordischen Knoten stehen.

„Gaulois“ schreibt, die Meinungsverschiedenheit betreffe in Wirklichkeit nur die besondere Art der Pfänder, da die französische Regierung jetzt der Ansicht sei, daß etwas anderes als die Besetzung der beiden Bergwerkszentren der Ruhr, Essen und Bochum, nicht genügend wirksam sei. Sobald aber von einer militärischen Besetzung des Rheinlandes die Rede sei, stoße Frankreich auf das Mißtrauen, das im Auslande ein Vorgehen wachrufe, in dem man eine Kundgebung des französischen Imperialismus erblicke. Trotzdem werde es möglicherweise gelingen, das Hindernis zu umgehen, sei es mit Hilfe einer Lösung der Frage der interalliierten Schulden, dadurch, daß man

einen letzten Appell an Amerika

richte, sei es, durch ein progressives Besetzungsverfahren, wie es angeblich die belgische Regierung vorschlagen werde. Auf alle Fälle, sagt das Blatt, sei es, wie die Verhandlungen ständen, und angesichts der gebieterischen Notwendigkeit, zu einem Ende zu kommen, unwahrscheinlich, daß nicht bis 15. Januar eine Verständigung erreicht werde.

„Victoire“ schreibt: Allein ins Ruhrgebiet einmarschieren, wäre für uns die größte Eselei, solange wir es mit einem so loyalen und wohlgesinnten Verbündeten zu tun haben, wie Bonar Law. Der Einmarsch ins Ruhrgebiet wird für die französische Politik nur dann ein Triumph sein, wenn wir mit unseren englischen, belgischen und italienischen Freunden einmarschieren.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ erklärt: Was sich in London abgespielt hat, ist ein regelrechter Bruch. Es heißt wohl, daß am 2. Januar wieder eine Konferenz zusammentreten wird, aber man sieht nicht recht, inwiefern die **Dinge dann besser ablaufen könnten.**

Kabinettsrat in Washington.

Amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage?

S. Paris, 13. 12. (Eigenbericht.)

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington befaßte sich das amerikanische Kabinett in einer zweistündigen Sitzung gestern mit der europäischen Krise. Washington ist bereit, seine Vermittlung anzubieten, damit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wieder bessern. Die Reparationsfrage wäre jetzt akut und müsse nunmehr unbedingt in einer der kommenden Konferenzen gelöst werden.

Das amerikanische Kabinett sprach sich ferner dahin aus, daß es sehr erwünscht wäre, daß das Viermächteabkommen in seinen Hauptgrundsätzen auch auf die übrigen Staaten Ausdehnung finde.

Amerika gegen „Sanktionen“.

Die deutschen Vorschläge ausreichend.

London, 13. 12. (W. T. B.) **Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß sich, falls Frankreich die Besetzung des Ruhrgebiets ausführen und Großbritannien sie ohne Protest zulassen sollte, die Stimme Amerikas in energischer Form gegen eine „Sanktion“ erheben werde, die für zu schädlich für den Welthandel angesehen wird.**

Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik.

S. Paris, 13. 12. (Eigenbericht.) Aus den vielen Washingtoner Meldungen, die in diesen Tagen politischer Hochspannung von allen Seiten nach Paris gelangen und hier mehr oder weniger tendenziös entstellt dem Publikum unterbreitet werden, scheinen doch folgende zwei recht bemerkenswerte Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik großen Anspruch auf Wahrscheinlichkeit erheben können:

1. Wie immer auch in Lausanne ein Abkommen über gewisse Probleme der Meerengenfrage und der damit in Zusammenhang stehenden Erörterungen schließlich ausschauen möge, die Vereinigten Staaten werden sich von jeder militärischen Garantiemaßnahme zu Wasser oder zu Lande ausschließen.

2. **Was die Erklärungen Clemenceaus** hinsichtlich eines **englisch-amerikanischen Garantiepaktes** anlangt, so kann man mit größerer Wahrscheinlichkeit denn je als sicher annehmen, daß Amerika ein militärisches Eingreifen zum Schutze irgendeines europäischen Staates keineswegs mitmachen, ja sich sogar einer dahin gehenden Drohung unbedingt enthalten wird.

Harden-Prozeß.

Nach der Vernehmung der Angeklagten wurde Dienstag abend in die

Beweisaufnahme

eingetreten. Nach der Vernehmung einiger von der Verteidigung geladener Leumundszeugen für die Angeklagten und des Kassenboten Priemel, der Harden am Boden liegend aufgefunden hatte, wurde Harden selbst vernommen, der ausführlich den Ueberfall schilderte. Auf Befragen des Rechtsanwalts Bloch erklärt er, daß seine geistige Kraft durch den Ueberfall nicht gelitten hätte.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages teilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rippner mit, daß sich das Gericht die Beschlußfassung über eventuelle Ladung des Kapitäns Ehrhardt vorbehalte. Dann wird als Zeuge Kriminalkommissar Weitzel von der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums gehört, der seinerzeit Weichardt erst auf der Polizeiwache und später im Präsidium vernommen hatte. Da sich der Zeuge der Einzelheiten der Aussage Weichardts nicht mehr entsinnt, wird das polizeiliche Protokoll verlesen, in dem Weichardt zugibt, als Mittäter am Anschlag auf Harden beteiligt gewesen zu sein. Bei den Besprechungen in Oldenburg mit Ankermann und Grenz sei als Ziel des Unternehmens die Beseitigung Hardens angegeben worden. Beide sollten von Grenz 20 000 ℳ zur Begleichung ihrer Schulden und für ihren Aufenthalt in Berlin erhalten.

Nach Verlesung des Protokolls erklärt der Zeuge Kriminalkommissar Weitzel auf Befragen des Oberstaatsanwalts, daß Weichardt diese zur Verlesung gebrachten Angaben Wort für Wort seinerzeit gemacht habe. Dann erstattet Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Borchardt, der Harden behandelte, sein Gutachten und bekundet, daß Harden acht Wunden am Schädel davongetragen habe.

Darauf wird Harden selbst noch einmal als Zeuge vernommen; er schildert den Ueberfall und äußert sich auch über den Plan seiner Amerikareise: er sei von Personen aus der deutschen Regierung ersucht worden, in Amerika öffentlich zu sprechen. Graf Bernstorff habe gesagt, daß er so lange in Amerika Botschafter habe bleiben können, verdanke er vor allem seinen Artikeln. Der Vertreter des gleichen amerikanischen Verlegerkonzerns, der schließlich das Buch des Kaisers kaufte, habe mit ihm einen Vertrag in Mark abgeschlossen. Die Bezahlung in Mark hätte damals wohl gerade die Unkosten gedeckt. Wegen einer schweren Bronchitis sei die Reise dann aber von ihm aufgegeben worden.

Schweres Erdbeben in Japan

Osaka, 13. 12. (W. T. B.) **Durch ein schweres Erdbeben auf der Insel Kiuschiu wurden 23 Personen getötet und 22 verwundet. Das Beben dauert an. Ein sechs englische Meilen von Nagasaki entfernter Vulkan befindet sich in Tätigkeit. Die Einwohner des betreffenden Gebietes fliehen in voller Panik.**

Nagasaki ist ein Hafen mittlerer Größe an der Westküste von Kiuschiu, der südlichsten der vier großen, das japanische Reich bildenden Inseln. Kiuschiu ist südlich der Straße von Korea vorgelagert. Erdbeben sind in Japan häufig. Geologisch genommen ist das ganze Land ein zerklüftetes Kratergebiet, sind doch gerade die höchsten Gipfel wie der heilige Fujiyama, der in der Umgebung Tokios wegen seiner Zuckerhutform ein charakteristisches Landschaftsmerkmal bildet erloschene Vulkane. Neben Hunderten von erloschenen zählt man rund 30 von Zeit zu Zeit tätige Vulkane in Japan. Auf Kiusiu liegt der Kirischema, von dem 1896 ein gewaltiger Ausbruch verzeichnet ist. Doch ist dieser in der obigen Meldung nicht gemeint, denn er liegt **viele Hunderte von Meilen von Nagasaki entfernt.**

Reichswirtschaftsrat.

Aussprache über den Achtstundentag.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte in seiner Plenarsitzung am Mittwoch dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Gewerbeordnung betreffend den deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag zu. Dieses Gesetz soll Geltung haben bis zum Erlaß eines endgültigen Gesetzes über die Berufsorganisation des deutschen Handwerks, in dem auch die Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollen. Ein Regierungsvertreter kündigte die Einbringung des endgültigen Gesetzes über das deutsche Handwerk noch bis Ende dieses Winters an.

Der Reichswirtschaftsrat geht dann zu der Beratung des Gesetzentwurfes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und über die Arbeitszeit der Angestellten über. Der Sozialpolitische Ausschuß hat die Entwürfe mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. In den Entwürfen wird im allgemeinen die 48-Stunden-Woche ausschließlich der Pausen gesetzlich festgelegt. Ueberarbeit kann, wenn eine vertragliche Vereinbarung nicht zustandekommt, von der zuständigen Schlichtungsbehörde bestimmt werden. In Sonderfällen kann das Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht einsetzen. In der Generaldebatte erklärt Max Cohen, er sei ein grundsätzlicher Gegner des Achtstundentages in der bisherigen Form, allerdings sei im Augenblick die vom Ausschuß gefundene Lösung die beste. Zu einer Wiederherstellung unserer Wirtschaft sei vor allem eine

Steigerung der Produktion

notwendig. Natürlich sei die Verlängerung der Arbeitszeit nicht das einzige Mittel dazu, aber zweifellos das Mittel, das am schnellsten wirke. Die Verlängerung der Arbeitszeit müsse jedoch aus der Einsicht der Arbeiter in die Not der Zeit heraus kommen. Dr. Habersbrunner von der Arbeitgebergruppe der Industrie begründete eine von seiner Abteilung eingebrachte Entschließung, welche die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages ausdrücklich anerkennt, aber die Ansicht ausspricht, daß eine schematische Handhabung nicht in Uebereinstimmung mit der Notwendigkeit stehe, die Produktion wieder in die Höhe zu bringen. Damit das Gesetz den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen könne, müsse es neben den gesetzlich festgelegten Ausnahmen die Möglichkeit gewähren, durch behördliche Zustimmung sowie durch tarifliche Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern diejenigen weiteren Befreiungen zu schaffen, welche

im Interesse der Allgemeinheit

sich als notwendig erweisen. Ein Arbeitnehmervertreter des Handels befürchtet, die Einigung über das Gesetz werde durch die Absicht der Arbeitgeberkreise erschwert, die behördliche Regelung der Arbeitszeit vor die tarifliche zu stellen. Die Mehrleistung müsse freiwillig geschehen, durch Zwang werde die Arbeitsfreudigkeit dagegen gelähmt, und die Produktion könne nicht gehoben werden.

Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner Mittwochsitzung u. a. den Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung an, welche dem Handwerks- und Gewerbekammertag öffentlich rechtliche Befugnisse zuweist. In allen drei Lesungen wurde das Gesuch über die Erhebung von Zuschlägen zur Kraftfahrzeugsteuer, eine Novelle zur Reichsabgabenordnung und in der ersten und zweiten Lesung eine Neuregelung der in der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenze angenommen. Dann wurde die zweite Lesung des 7. Nachtragsetats zum Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

Preußischer Landtag.

Das Plenum des preußischen Landtages nahm Dienstag bei der Abstimmung über das Grundsteuergesetz die ersten drei Paragraphen in der Ausschußfassung an. Die Höhe der Steuer wurde auf 6 v. T. des Wertes festgesetzt. Bezeichnenderweise teilte hierbei ein Regierungsvertreter mit, daß die Kosten der Veranlagung schon so groß seien, daß sie den gesamten Steuerertrag aufzufressen drohten.

Die gewaltsam rasche Erledigung des neuen preußischen Grundsteuergesetzes bringt dem Landtag knapp vor Toresschluß noch einmal das seltene Bild eines gefüllten Hauses. Die Mittwoch-Sitzung, die letzte von den Weihnachtsferien, wurde mit der Fortsetzung am Donnerstag begonnenen Abstimmungen zur Grundsteuer eröffnet. Langsam wird Paragraph auf Paragraph noch einmal durchgesprochen und zum Teil unter recht interessanten Mehrheitsverhältnissen — das Zentrum stimmt meist gespalten — angenommen.

Klante-Prozeß.

(Fortsetzung von Seite 4.)

Nach einer kurzen Pause geht die Verhandlung weiter. Der größte Teil der Zeugen wird entlassen, nur die auswärtigen Zeugen bleiben. Das Verlesen der Briefe des Klante-Konzerns an seine Vertreter im Reich ergibt, daß Klante nicht nur hoffte, sondern vielfach versprochen hat, einen außergewöhnlichen Verdienst auszuzahlen. In einem Schreiben heißt es: „. . . . und ich kann Ihnen garantieren, daß Sie für eingezahlte 100 ℳ 500 ℳ verdienen werden.“ „Niemand bietet dasselbe wie wir, niemand bietet so viel“ oder „Für 1000 ℳ erhalten Sie 3000 ℳ, für 10 000 ℳ 30 000 ℳ zurück.“ „Sollte ein Konkurs eintreten, was jedoch ausgeschlossen ist, so ist Ihr Geld niemals verloren; Sie erhalten zum mindesten ihren vollen Einsatz zurück.“ Klante ist sehr lebhaft und greift dauernd in die Verlesung der Briefe ein.

Zu den hohen Versprechungen, die er in diesen Briefen gemacht hat, sagt er immer, die Leute haben ja auch alle ihr Geld bekommen. Klante hält eine kleine Verteidigungsrede. Nach seiner Ansicht ist an allem der Dr. Reichenbach schuld, der unauffindbar bleibt. Es scheint allmählich notwendig, daß dieser Herr herbeigeschafft wird. Klante beschreibt jetzt seine Bemühungen herauszubekommen, was er an Steuern habe bezahlen müssen, da ihm vom Vorsitzenden der Vorwurf gemacht wird, daß er überhaupt keine Steuern bezahlt habe. Plötzlich schreit er: „Der Herr Staatsanwalt lacht und ich meine es so ernst!“ Klante weint und bricht fast völlig zusammen. Er kann sich nicht darüber beruhigen, daß der Staatsanwalt mehrfach über seine ernstgemeinten Ausführungen gelacht hat. Der Antrag der Verteidiger, die Verhandlung zu unterbrechen, wird vom Gericht abgelehnt. Der Staatsanwalt erklärt, er habe nicht über Klante, sondern über etwas ganz anderes gelacht.

Es kommt dann der Erwerb der Klanteschen Rennpferde zur Sprache. Klante sucht zu beweisen, daß er nicht auf Betrug ausgegangen sei, denn dann habe er die Pferde ja auf den Namen seines Vaters kaufen können. Er habe aber die Pferde sofort dem Konkursverwalter zur Konkursmasse zur Verfügung gestellt und habe sämtliche Gewinne dieser Pferde zur Konkursmasse geschlagen.

Clemenceaus Mißerfolg.

(Von unserem Berichterstatter.)

e. New York, Ende November.

Nach dem kühlen Empfang, der Clemenceau, wie schon berichtet, bei seiner ersten Ankunft in New York zuteil wurde, gelang es dem Tiger, einen echt französischen succès de scandale zu erkämpfen. Inmitten seiner ersten langen Rede im Metropolitan Opernhaus verstieg sich Clemenceau zu der kühnen rhetorischen Frage: „Gibt es irgendjemanden hier in Amerika, der wirklich glaubt, daß Frankreich militärische Gelüste hat?“ Darauf antwortete eine laute Stimme von oben: „Yes!“ Clemenceau war von diesem unerwarteten Zwischenrufe, dem eine Grabesstille im ganzen Opernhause folgte, so betroffen, daß er trotz seiner gallischen Zungenfertigkeit keine Antwort darauf fand. Seine engeren Freunde und Parteigänger in den Logen und Freiplätzen kamen ihm endlich zu Hilfe mit den in diesem Hause noch nie gehörten Rufen „Schmeißt ihn 'raus!“, „Polizei!“, „Verprügelt ihn!“ und dergleichen mehr.

In Washington entfachten die haßtriefenden Gesänge Clemenceaus einen Sturm der Entrüstung im Senat sowie im Repräsentantenhause. Nicht nur die Pazifisten und Gegner des Völkerbundes sprachen sich scharf gegen Clemenceau aus, sondern auch frühere Kriegshetzer und Befürworter der Politik Wilsons. So sagte Senator Borah, der Führer der unabhängigen Republikaner: „Es ist ein Verbrechen an der Menschheit, daß Clemenceau, dieser wilde Kriegshetzer und Tiger, dem das Blut noch aus den Mundwinkeln fließt, zu einer Zeit hierher kommt, wo Europa in der höchsten Not liegt, ohne auch nur einen einzigen humanen Vorschlag zur Besserung des entsetzlichen Elendes zu machen. Er bettelt um Hilfe für Frankreich und um Sympathie für sein Programm, das nur auf Vernichtung und blutgierige Rache abzielt. Er faselt uns Heucheleien über die Friedensliebe Frankreichs vor, obgleich er seinerzeit unter dem Beifall der französischen Deputiertenkammer sich brüstete, den Friedensvertrag von Versailles so formuliert zu haben, daß dieser Frieden nur eine Fortsetzung des Kriegszustandes sein werde. Es gibt keinen Menschen, der für das gegenwärtige Elend Europas mehr verantwortlich ist, als Clemenceau. Ihm verdanken wir vorzüglich die unmöglichen und vernichtenden Bestimmungen von Versailles. Er war es immer, der die Bestrebungen Wilsons und unserer Vertreter in Versailles, den Friedensvertrag abzumildern, durchkreuzte. Als Endergebnis hat Versailles das wirtschaftliche Leben in Europa so gut wie vernichtet. Jetzt fordert Herr Clemenceau uns auf, bei der Durchführung dieses verruchten Vertrages mitzuhelfen. Täten wir dies, so würden wir die Not Europas nur verschlimmern.“

Senator Hitchcock, der vor zwei Jahren der Wortführer Wilsons für den Beitritt Amerikas zum Völkerbunde und für Ratifikation des Versailler Diktates war, sagte: „Jetzt, da Deutschland besiegt und eine Republik geworden ist, sollte man glauben, daß die Franzosen ihre deutschen Nachbarn zu versöhnen suchen würden. Ich frage Clemenceau, warum Frankreich immer noch das deutsche Volk aufreizt. Warum halten die Franzosen noch immer das deutsche Gebiet mit 30 000 Mann schwarzen Truppen besetzt?“

Senator Capper, der Führer des amerikanischen Farmer-Bundes, sagte: „Unsere Farmer halten nicht viel von Herrn Clemenceaus Propagandatätigkeit. Der langen Reden kurzer Sinn ist, daß Frankreich mehr Geld von uns haben will. Unsere Farmer sehen nicht ein, warum wir helfen sollen, Frankreichs Probleme zu lösen, solange Frankreich keine Anstalten trifft, uns das Geld zurückzuzahlen, das wir ihm bereits vorgestreckt haben.“

Senator Caraway, einer der demokratischen Führer, der vor kurzem Europa bereiste, erklärte, er wisse aus eigener Anschauung, daß die europäische Lage nicht so sei, wie Herr Clemenceau dem amerikanischen Volke vormache. „Clemenceaus Zetergeschrei um Hilfe, mit der Androhung eines neuen Krieges“, sagte der republikanische Senator Edge, „ist zu albern und geschmacklos, um hierzulande irgendeine Wirkung zu erzielen.“ Senator Norris, ein unabhängiger Republikaner, erklärte: „Das amerikanische Volk ist gegen weitere Einmischung in die Intrigen Europas. Dies war das Volksurteil in jeder Wahl, die seit Rückkehr Herrn Wilsons aus Frankreich in Amerika abgehalten worden ist. Dies allein sollte genügen, um Herrn Clemenceau und alle anderen bezahlten ausländischen Propagandahetzer abzufertigen.“ Auch der demokratische Senator France aus Maryland verurteilte Clemenceau als bezahlten Propagandahetzer.

Die vielen Fragen über die Geldquellen für Clemenceaus kostspielige Propagandareise wurden so unbequem, daß sich das New Yorker „Journal of Commerce“ bewogen fühlte, eine Erklärung zu veröffentlichen, worin es hieß, daß Clemenceau die Unkosten seiner Vortragsreise aus eigener Tasche begleiche. Allerdings wurde zugestanden, hätte ein amerikanischer Finanzmann, aus persönlicher Freundschaft für Clemenceau, seine Reisekosten von Frankreich nach Amerika und zurück bezahlt. Ein anderer Finanzfreund Clemenceaus, Herr Otto Kahn, habe den Freunden Clemenceaus das Metropolitan Opernhaus zur Verfügung gestellt, doch gegen eine gewisse Mietsumme, die aus dem Ertrag der Eintrittskarten beglichen werden sollte. Ein dritter Freund Clemenceaus, Herr Charles Schwab, hat dem „Tiger“ für die Eisenbahnreisen in den Vereinigten Staaten seinen Luxuswaggon nebst allem, was dazu gehört, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die nötigen Autos werden wieder von anderen Finanzfreunden unentgeltlich geliefert. Alle Telegramme werden von der „New York World“ bezahlt. Da Clemenceau sich überall einladen läßt, begreifen die praktischen Amerikaner nicht recht, was für „Unkosten“ er eigentlich aus eigener Tasche zu begleichen hat, insbesondere, da ihm von der „New York World“, die eine Artikelserie Clemenceaus veröffentlicht, eine große Summe von Dollars bezahlt wird.